

SPD demokratischer pressediens

P/XXXI/188

30. September 1976

Für eine Politik der Vernunft und des Augenmaßes

Zur bundesdeutschen Initiative vor dem UNO-Weltforum

Von Bruno Friedrich MdB

Mitglied des SPD-Vorstandes und außenpolitischer Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion

Seite 1 / 39 Zeilen

Kampf um Wahlbürger oder Wahl-Bürgerkrieg?

Fragen an den Unions-Kanzlerkandidaten Dr. Helmut Kohl

Von Marie Schlei MdB

Parlamentarische Staatssekretärin beim Bundeskanzler

Seite 2 und 3 / 76 Zeilen

Haß im Namen der Christen-Union

Besorgte Feststellungen zum Thema CDU/CSU-Wahlkampfteil

Seite 4 / 39 Zeilen

Ein beispielloser Entwicklungsprozeß

Anmerkungen: Vom Nürnberger Tribunal zur Bonner UNO-Initiative

Seite 5 / 36 Zeilen

100 Jahre VORWÄRTS - Jubiläum und neue Phase

Zum Auftrag der traditionsreichen sozialdemokratischen Zeitung

Von Wilhelm Drätscher

Bundeschatzmeister der SPD

Seite 6 und 7 / 79 Zeilen

Chefredakteur: Dr. Erhardt Eckert

Heussallee 2-10, 5300 Bonn 12
Postfach: 120 408
Pressenhaus 1, Zimmer 217-224
Telefon: 22 89 37 - 38
Telek: 08 86 845-48 pbbn d

Herausgeber und Verleger:

SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST GMBH
Kölner Straße 108-112, Telefon: 376611
5300 Bonn-Bad Godesberg

Für eine Politik der Vernunft und des Augenmaßes

Zur bundesdeutschen Initiative vor dem UNO-Weltforum

Von Bruno Friedrich MdB

Mitglied des SPD-Vorstandes und
außenpolitischer Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion

Die Initiative der Bundesregierung, dem 31. Weltforum der Vereinten Nationen eine Konvention zur weltweiten Bekämpfung von Geiselnehmern und die Errichtung einer Institution für die Menschenrechte vorzuschlagen, ist zu begrüßen. Eine Konvention, die die Geiselnahme als besonders verabscheuungswürdiges Verbrechen achtet und die Auslieferung und Verurteilung der Täter garantiert, entspricht dem Sicherheitsbedürfnis jedes Menschen und jedes friedliebenden Staates.

Die Errichtung einer Menschenrechtsinstitution soll dem Schutz der Menschenrechte in aller Welt dienen. Sie soll sich gegen niemanden richten. Der Vorschlag zur Errichtung dieser Institution wird gleichzeitig vom Willen der Bundesregierung begleitet, in direkten Verhandlungen mit der DDR dafür einzutreten, daß die Menschenrechte aller Deutschen beachtet werden.

Angesichts der deutschen Wirklichkeit bewerten wir es als beachtenswerten Beitrag, wenn der Bundesaußenminister Hans-Dietrich Genscher sie in das Feld internationaler Politik und in den internationalen Entspannungsprozeß einbettet. Die sozialliberale Koalition wird nicht der Opposition folgen und Druck auf die innere Entwicklung der DDR ausüben oder gar Sanktionen gegen sie einleiten. Sie wird sich von der Erkenntnis leiten lassen, daß positive Veränderungen nur erreicht werden können, wenn es auf beiden Seiten gelingt, ein Klima der Vernunft und der sachlichen Zusammenarbeit herzustellen. Nur so kann das innerdeutsche Verhältnis weiter entkrampft werden, nur so können in erster Linie die Bürger von der Politik der menschlichen Erleichterungen praktischen Nutzen ziehen.

Die sozialdemokratisch geführte Bundesregierung wird Menschenrechtsverletzungen nicht hinnehmen. Proteste und Anklagen reichen aber nicht aus. Die Geschichte lehrt, daß diese auch in der Vergangenheit nichts bewirkt haben. Im Gegenteil! Sie haben die Fronten nur verhärtet: Emotionen und politische Scharfmacherei haben noch nie zur Lösung deutscher Probleme beigetragen, ebensowenig wie Leisetreteri oder ein Verwischen fundamentaler Gegensätze. Nur nüchterne Sachlichkeit in der Beurteilung dieser Probleme, Vernunft und eine Politik des Augenmaßes werden hilfreich sein.

Kein Volk ist an der Zusammenarbeit über die Grenzen der Systeme hinweg stärker interessiert als das deutsche. Diesem Grundinteresse fühlt sich die sozialliberale Koalition besonders verpflichtet. Mit ihr weiß die Mehrheit des deutschen Volkes, daß nur durch die Sicherung des Friedens und durch intensiviertere Zusammenarbeit der Staaten und Systeme die innerdeutsche Grenze ihre Schrecken verlieren und die Menschenrechte besser verwirklicht sowie die nationalen Bindungen gewahrt werden können. (-/30.9.1976/bgy/pr)

Kampf um Wahlbürger oder Wahl-Bürgerkrieg ?

Fragen an den Unions-Kanzlerkandidaten Dr. Helmut Kohl

Von Marie Schlei MdB

Parlamentarische Staatssekretärin beim Bundeskanzler

Am Ende eines solchen Wahlkampfes darf niemand davonkommen, ohne bei seinem Namen und bei seiner Tat genannt zu werden. Der Name ist auch diesmal wieder Franz-Josef Strauß. Und die Tat: Die unter ihm organisierten C-Parteien mit dem Kandidaten Kohl wollen die Macht. Daß sie es wollen, entspricht ihrem Verfassungsauftrag; was soll Opposition sonst wollen als den Wechsel. Daß diese Opposition den Wechsel jedoch um jeden Preis will, ohne Rücksicht auf den Verlust der sonst lautstark begehrten Gemeinsamkeit der Demokraten, machte diesen Wahlkampf anders.

Das bedingungs- und bedenkenlose Streben der Opposition nach Macht wird nicht ohne Folgen bleiben. Möglicherweise stehen wir - wie immer das Wahlergebnis ausfallen mag - am Vorabend nachhaltiger Veränderungen für unser Land. Die Formel "Freiheit oder Sozialismus" hat eine böse Saat in den Boden unserer noch immer jungen, entwicklungsbedürftigen Demokratie gesät. Unter den vielen schlimmen Beispielen muß kurz vor dem Ende dieses Wahlkampfes an ein Wort des Unions-Kandidaten Dr. Helmut Kohl erinnert werden, das er der Öffentlichkeit am 20. April (1) 1976 über die "Bild"-Zeitung vermittelte: "Es geht jetzt um die Entscheidung im Grundsätzlichen. Wir müssen wieder lernen, was 'Freiheit' ist - so wie damals nach dem Ende der Nazi-Herrschaft: frei reden können, reisen, wohnen, einkaufen - ..."

Hier werden Vorsatz und Methode offenbar. Wahlkampf, so angelegt, meint nicht mehr länger demokratischen Wettbewerb um die bessere Alternative. Hier wird die totale Konfrontation herbeigeführt und statt des Kampfes um Wahlbürger ein Wahl-Bürgerkrieg angezettelt. Bei dieser Strategie ist es dann auch kein Wunder, daß der Generalsekretär der CDU schwere Angriffe gegen die deutsche Gewerkschaftsbewegung richtet. Neben dem Versuch, die soziale, gesellschaftliche und damit im Ergebnis auch politische Stabilität des Ruhrgebiets zu erschüttern, wird gleichzeitig ein Alibi für die Wahlniederlage vorbereitet. Die "Dolchstoßlegende" wird heißen: Auf dem Wahlkampffelde unbesiegt, wohl aber um den Erfolg durch gewerkschaftliche "Verfilzung" abermals betrogen.

Denn auch das muß noch vor dem 3. Oktober 1976 festgehalten werden: Die Unions-Parteien haben die Lehren von 1969 und 1972 immer noch nicht verstanden. Noch immer gilt ihnen die Koalition Brandt/Scheel von 1969 als ein "Trick", noch immer werten sie die schwere Niederlage von 1972 als einen "Betriebsunfall". Und so ist es dann nur folgerichtig, wenn sie aus der Möglichkeit jeder Opposition, den Wechsel durch Wählerentscheidung anzustreben, die rigorose Anmassung ableiten, alle anderen politischen Kräfte der Bundesrepublik Deutschland aus dem Grundbekenntnis zu unserer

freiheitlichen Ordnung ausschließen zu können. Dieser Alleinvertretungsanspruch, der vor keiner Verdrehung und Verleumdung, keiner Verdächtigung und Beleidigung, keiner Diskriminierung und Diffamierung zurückweicht, darf nicht so leicht vergeben und vergessen werden.

Noch vor dem Wahltag, noch bevor die über 41 Millionen Wahlbürger unseres Landes entscheiden, was in den nächsten vier Jahren die Richtlinien der Politik bestimmt, muß deshalb klar sein, daß die Alternative, um die es am 3. Oktober 1976 geht, nicht die ist, die eine entfesselte CDU/CSU-Propaganda den Menschen einzuhämmern versuchte. Am 3. Oktober geht es in der Tat zwar um Grundfragen der Freiheit in unserer Gesellschaft und in unserem Staat. Für uns Sozialdemokraten aber ist diese Frage längst beantwortet. Für uns ist das die Freiheit in der Ordnung des Grundgesetzes, deren sozialer Erfüllung und Ausgestaltung wir seit 1959 mit dem Godesberger Programm längst schon Ausdruck und Gestalt gegeben haben.

Der Kanzlerkandidat der Opposition ist deshalb aufgefordert, rechtzeitig vor dem Wahltag, vor der deutschen und vor der Weltöffentlichkeit, dreierlei - um des inneren und des äußeren Friedens willen - klarzustellen:

1/ Für welchen Freiheitsbegriff stünde eine Unions-Regierung in ihrer praktischen Politik ein und wo liegt der Unterschied zur sozialliberalen Koalition?

2/ Wird die Opposition auch nach dem Wahltag die vielen über jeden Zweifel erhabenen demokratischen Regierungen der freien Welt, die von demokratischen Sozialisten geführt werden, öffentlich verdächtigen?

3/ Werden die Unions-Parteien am Tage nach der Wahl die Kraft aufbringen, das Wahlergebnis anzuerkennen und als konstruktiv mitarbeitende Opposition ihren Beitrag zur Wiederherstellung des inneren Friedens in unserem Lande leisten?

Mehr noch als Dr. Kohl müssen seine Anhänger den Blick dafür zurückgewinnen, daß ihr Kandidat am Tage nach der Wahl wieder und immer noch der Ministerpräsident des Bundeslandes Rheinland-Pfalz ist. Unsere Verfassungsordnung überträgt ihm damit ein hohes Maß an gesamtstaatlicher Verantwortung. Ich appelliere an ihn und an seine politischen Freunde in den gleichen Ämtern, nach dem Wahltag zu respektieren, daß die dann entstandene Mehrheit des Deutschen Bundestages einen Anspruch hat, auch im Bundesrat respektiert zu werden. Es wäre ein Zeichen höchst achtbarer Fairness, wenn Dr. Helmut Kohl schon jetzt diesen Respekt vor dem Wählerwillen für seine Arbeit im Deutschen Bundesrat bestätigen würde.

(-/30.9.1976/vp/pr/ee)

+ + +

Haß im Namen der Christen-Union

Besorgte Feststellungen zum Thema CDU/CSU-Wahlkampfstil

Wir haben allen Anlaß, darauf zu hoffen, daß die Zeit nach dem 3. Oktober das Unmaß an Polarisierung, das der verantwortungslose Wahlkampfstil der beiden Unions-Parteien und ihrer Helfershelfer verursacht hat, allmählich wieder auf das Normalmaß parteipolitischer Auseinandersetzung zurückführt. Wäre dem anders, dann wäre unsere zweite Demokratie wirklich in einem Ausmaße gefährdet, das zu tiefer Sorge Anlaß bieten müßte.

Dem SPD-Vorstand liegen Stöße von Berichten aus dem ganzen Bundesgebiet vor, die erkennen lassen, daß die Wahlkampfpraktiken der von Strauß geführten Keulenriege in der CDU/CSU Emotionen bloßgelegt und ans Tageslicht gezerrt haben, die den Vergleich mit gewissen Zeitabläufen der Weimarer Republik kaum noch zu scheuen brauchen. Dabei spielt die Tatsache, daß in nie gekanntem Ausmaße Abertausende von Wahlplakaten der SPD abgerissen, zerkratzt und bemalt worden sind, keine herausragende Rolle. Der Punkt, wo die Erschütterung greifbar und bedrückend zu werden beginnt, ist weitab davon angesiedelt. Hier wurde persönliche Abneigung zum blanken Haß umfunktioniert, der sich in massivsten Drohungen entläßt, die bis zu Mordabsichten reichen. Die berechtigte Sorge, daß ein Detailbekanntwerden solcher brutaler Auswüchse zu Kettenreaktionen mit einem möglichen Umschlagen in die Untat führen könnte, hat eine Veröffentlichung der Zuschriften oder Telefonanrufe verhindert.

Zum Horror wird diese Emotionsaufputschung, die sich als Folge der Verhetzung seit Sonthofen darstellt, aber dort, wo die Unions-Funktionäre es nicht verhindern konnten oder gar wollten, daß auch Jugendliche und Kinder in Haßausbrüche abgleiten. Aus einem Industrieort zwischen Köln und Bonn liegt die Nachricht vor, daß Kinder, die gerade aus der Schule kamen, jedes Auto anspuckten, das SPD-Aufkleber hatte. Aus Gummersbach gibt es Meldungen, daß 12- bis 14jährige mit haßverzerrten Gesichtern einem prominenten SPD-Politiker zuriefen, er sollte "die Schnauze" halten. In Paderborn geiferte der Unions-Nachwuchs, man sollte den Brandt doch aufhängen.

Natürlich wird der Unions-Kanzlerkandidat Dr. Helmut Kohl, der sich so viel auf seine Fairneß zugute hält, es weit von sich weisen, mit solchen Uningen zu tun oder sie gar verursacht oder verschuldet zu haben. Verantwortlich und schuldig ist aber der unselige Wahlkampfstil der Union insgesamt, die in der zur psychopathischen Manier übersteigerten Gier, endlich wieder an die Bonner Macht zu gelangen, alle Hemmungen von sich geworfen und es zugelassen hat, daß im Namen und zum Nutzen der christlichen Parteien Haß gesät wurde und wird. (P/30.9.1976/bgy/e)

+ + +

Ein beispielloser Entwicklungsprozeß

Anmerkungen: Vom Nürnberger Tribunal zur Bonner UNO-Initiative

Zwei Ereignisse, durch dreißig Jahre voneinander getrennt, machen dieser Tage einen in unserer Geschichte beispiellosen Entwicklungsprozeß deutlich: das Urteil des Internationalen Militärtribunals vom 1. Oktober 1946 in Nürnberg und das Auftreten des Außenministers der Bundesrepublik Deutschland am 28. September 1976 vor der Vollversammlung der Vereinten Nationen in New York. Die Distanz zwischen diesen beiden Meilensteinen wird von einer einzigen Generation überbrückt, aber sie erstreckt sich über politische Welten.

Damals in Nürnberg mußten die Überlebenden Repräsentanten der Verderber Deutschlands und eines Großteils der Welt, von denen sich die Deutschen nicht aus eigener Kraft hatten befreien können, vom Ausland abgeurteilt werden. Nicht dem deutschen Volk zwar sollte damit symbolisch der Prozeß gemacht werden, so hatte der amerikanische Chefankläger Robert H. Jackson ausdrücklich erklärt: "Wir möchten klarstellen, daß wir nicht beabsichtigen, das deutsche Volk zu beschuldigen. Wenn die breite Masse des deutschen Volkes das nationalsozialistische Parteiprogramm willig angenommen hätte, wäre die SA nicht nötig gewesen, und man hätte auch keine Konzentrationslager und keine Gestapo gebraucht." Aber dennoch hätte wohl kaum deutlicher als durch dieses Tribunal die politische Entmündigung und moralische Inkompetenz zum Ausdruck gebracht werden können, in die das NS-Regime Deutschland gestürzt hatte.

Dreißig Jahre später unterbreitete nun ein deutscher Außenminister dem Forum der Welt Vorschläge zur Nöchtung und Bekämpfung von Terror und zur Verwirklichung der Menschenrechte. In Nürnberg vor dreißig Jahren sollte auch ein Fanal für die Verbindlichkeit der Menschenrechte und humanitärer Grundsätze gesetzt werden. Als einen Beitrag zur Präzisierung dieses Zieles wurde jetzt in der Weltorganisation die deutsche Initiative gewürdigt. Die Wahrung der Menschenrechte, der Gesetze der Humanität, ist auch heute noch alles andere als eine Selbstverständlichkeit, vielmehr wird in vielen Ländern ständig aufs gröbste gegen sie verstoßen.

Daß Menschenrechte und Humanität indessen, soweit mit den Mitteln der Politik realisierbar, zumindest in einem Teil Deutschlands eine feste Heimat haben, wird von keinem sachlich Urteilenden bestritten. Mehr noch, kein politisch Einsichtiger und Gutwilliger stellt die Kompetenz der Bundesrepublik in Frage, auf diesem Sektor weltweit initiativ zu werden.

Claus Preller
(=/30.9.1976/vc/pr/ee)

+ + +

100 Jahre VORWÄRTS - Jubiläum und neue Phase

Zum Auftrag der traditionsreichen sozialdemokratischen Zeitung

Von Wilhelm Drüscher

Bundesschatzmeister der SPD

100 Jahre VORWÄRTS sind ein Stück Pressegeschichte. Sie sind insbesondere Geschichte der Parteipresse und ihrer Aufgaben. Die Aufgaben haben sich gewandelt. Dem trägt das Blatt Rechnung. Die Zeit der klassischen Parteizeitung ist vorbei. Zu seinem hundertjährigen Bestehen erscheint der VORWÄRTS in neuer Gestaltung und mehr zielgruppenorientierter Konzeption. Damit beginnt für die traditionsreiche Wochenzeitung der SPD eine neue Phase.

Der VORWÄRTS wird jedoch den im Jahre 1876 übernommenen Auftrag weiterhin verfolgen. Wie bereits seine Vorläufer wird er sich an das von August Bebel formulierte programmatische Leitwort halten. Heute würde er es so formulieren: "Kämpfen für die Verbesserung der Lage der arbeitenden und in der Ellbogengesellschaft benachteiligten Menschen durch soziale Reformen". Für dieses Ziel haben Sozialdemokraten große Opfer gebracht. Sie haben mit den Pfennigbeträgen der Parteimitglieder, von Arbeitern in der Mehrzahl, eigene Druckereien und Zeitungen gegründet, weil die anderen Blätter die Politik der Sozialdemokraten tuschelten. Nicht zuletzt deshalb beschloß der Gothaer Sozialistenkongreß von 1876 die Vereinigung der damals existierenden Zentralorgane unter dem neuen Namen VORWÄRTS.

Am Schicksal des VORWÄRTS läßt sich der Kampf der SPD für den sozialen Fortschritt nachvollziehen. Wie aus rechtlosen Proletariern gleichberechtigte Staatsbürger wurden. Wie die gesamte Arbeiterbewegung haben die VORWÄRTS-Redakteure diese Entwicklung mitgetragen. Und die Maßnahmen der Reaktion miterlitten. Denn das Blatt wurde konfisziert, zensuriert und während des Bismarckschen Sozialistengesetzes wie auch von den Nationalsozialisten verboten. Sozialdemokraten wissen deshalb, daß Pressefreiheit erst Demokratie konstituiert. Und darin brauchen sie keine Belehrung. Allerdings ist nicht immer die Meinung von Friedrich Engels befolgt worden, der schon im Jahre 1880 darauf hinwies, daß bei der Herausgabe einer Zeitung nicht Gelschreiererei oder gar Dogmatismus so wichtig sei wie die Fähigkeit, die Sachen gleich von der richtigen Seite, also journalistisch anzufassen.

Der Doppelcharakter des Blattes, Zentralorgan wie auch Parteiblatt im weitesten Sinne zu sein, und dies bis in die fünfziger Jahre dieses Jahrhunderts hinein, war für die Sozialdemokratie auch dann noch notwendig, als die SPD längst zur stärksten Partei gemacht worden war. Denn die sogenannte bürgerliche Presse schwieg die Politik der SPD entweder tot oder

aber gab sie verzerrt und parteilich verfärbt wieder. Verantwortlich für jene journalistische und politische Situation, die eine sozialdemokratische Presse existentiell bedingte, waren die politisch-geistigen Vorläufer und Vorbilder der heutigen Konservativen: Sie reichen von Bismarck bis Hugenberg. Die erheblichen Fortschritte, welche die Sozialdemokratie seit Bestehen des VORWÄRTS gemacht hat, sind nicht zuletzt auf die Organisation der Parteipresse zurückzuführen und auf die Solidarität unserer Genossinnen und Genossen, die es als Pflicht und Ehrensache ansahen, auf eine Zeitung unserer Partei abonniert zu sein. Dabei war der VORWÄRTS immer auch Spiegelbild der inneren Meinungs- und Willensbildung in der Partei und unterschied sich von engem Dogmatismus ebenso wie von der Sensationspresse. Erinnerung sei an große öffentliche, demokratische und freie Diskussionen im VORWÄRTS, beispielsweise zur Revisionismusedebatte oder zum Godesberger Programm der Partei.

Heute leben wir im Zeitalter der Massenpresse und der neuen elektronischen Medien. Die Interessen der Ellbogengesellschaft werden von der CDU/CSU wahrgenommen, und viele der sogenannten bürgerlichen Zeitungen gehören großen Kapitalbesitzern, die entsprechend denken. Ihr Einfluß auf die Redaktionen ist unverkennbar. Umso notwendiger ist eine sozialdemokratische Wochenzeitung für Partei und Öffentlichkeit. Jedoch wissen wir auch, daß leistungsfähige Tages- und Wochenzeitungen nicht nur einen bestimmten parteipolitischen Leserkreis ansprechen. Sie müssen ein breitgefächertes Publikum haben, wenn sie im publizistischen und wirtschaftlichen Wettbewerb bestehen wollen. Dementsprechend kann und soll heute der VORWÄRTS weder Zentralorgan noch klassische Wochenzeitung sein. Die Zeitung soll spüren lassen, daß sie von Sozialdemokraten zur Unterstützung einer fortschrittlich-freiheitlichen Politik in einer Medienlandschaft gemacht wird, in der starke Kräfte gegen eine solche Politik arbeiten. Gleichzeitig können und wollen wir nicht ständig den parteilichen Kommentar oder gar einseitige Parteiberichterstattung verlangen. Wir müssen auch konstruktive Kritik an der eigenen Partei und ihrem Funktionieren ertragen.

Die Redaktion des Blattes geht mit qualifizierter Mitbestimmung in den sie betreffenden Fragen an die neue Zielsetzung und neue wichtige Lesergruppen heran. Die notwendigen organisatorischen und gesellschaftlichen Voraussetzungen für eine neue Phase des traditionsreichen VORWÄRTS haben wir geschaffen, und wir werden die Redaktion unterstützen in ihrem Bestreben, objektive Informationen zu vermitteln und kritisch zu kommentieren. Denn keine anderen Maßstäbe legen wir auch an die übrige Presse an. So werden Redaktion und Verlag auch erfolgreich sein und sich ihren Markt "draußen" erobern und ihre große politische und gesellschaftliche Aufgabe erfüllen können. Wir alle wünschen viel Erfolg.

(-/30.9.1976/va/pr/ee)

+ + +

Verantwortlich für den Inhalt: Claus Preller